



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR BILDUNG, KULTUR UND SOZIALES

Sitzungsdatum: Montag, 21.10.2024
Beginn: 19 Uhr
Ende: 19:55 Uhr
Ort: im Sitzungssaal des Rathauses Würth a. Main

ANWESENHEITSLISTE

Erster Bürgermeister

Fath-Halbig, Andreas

Ausschussmitglieder

Denk, Markus
Fried, Michael
Kaufer, Nadine
Lehmair, Stephan
Şirin, Ayten
Straub, Carolin

Schriftführung

Schmitt, Anna

Abwesende und entschuldigte Personen:

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Vorstellung der neuen Mitarbeiterin im Jugendtreff
Vorlage: S/016/2024
3. Allgemeinnützige Arbeit durch Asylbewerber und Flüchtlinge
Vorlage: S/014/2024
4. Vereinsförderrichtlinien
Vorlage: S/017/2024
5. Bekanntgaben
6. Anfragen

Erster Bürgermeister Andreas Fath-Halbig eröffnet um 19 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales fest.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des BKSA-Ausschusses am 03.07.2024 wird genehmigt.

2. Vorstellung der neuen Mitarbeiterin im Jugendtreff

Mitteilung:

Zum 1. August 2024 wurde die neue Mitarbeiterin im Jugendtreff, Frau Laura Wittig, eingestellt. Durch Schaffung einer Vollzeitstelle können die Öffnungszeiten des Jugendtreffs deutlich erweitert werden. In der Sitzung stellt sich Frau Wittig persönlich vor.

Zunächst berichtet Frau Wittig zu ihrer Person. Pläne für den Jugendtreff bestehen darin, mehr Werbung und Öffentlichkeitsarbeit für den Jugendtreff zu machen, um diesen im Ort besser zu etablieren und jüngere Kinder zu gewinnen. Es sollen viele neue, Projekte geplant werden, die saisonalen Bezug haben. Auch die Altersstruktur soll sich verändern. Kinder von 10 bis 21 sollen das Hauptklientel sein. Im Moment ist die Gruppe bunt gemischt und viele Nationalitäten besuchen den Jugendtreff. Die Vereine sollen auch mehr einbezogen werden, um die Kinder auch in die örtlichen Vereine zu integrieren. Stadtrat Denk findet es gut, dass Ferienspiele im Jugendtreff beworben werden. Frau Wittig möchte am Vormittag auch in die Schule gehen um hier ebenfalls die Kinder anzusprechen. Es soll künftig ein Monatsplan erstellt werden, der sowohl in den sozialen Netzwerken, als auch im Amtsblatt veröffentlicht wird, um auch andere Kinder, die bisher noch nicht den Jugendtreff besucht haben, einen Anreiz zu liefern. Der Jugendtreff ist auch mit einer Spielefirma im Gespräch, die ihnen Spiele überlassen. Auch ein Spieleabend ist geplant.

3. Allgemeinnützige Arbeit durch Asylbewerber und Flüchtlinge

Sachverhalt:

Seit 27. Februar 2024 ist es durch eine Änderung im Asylbewerberleistungsgesetz des Bundes leichter möglich, Asylbewerber für gemeinnützige Arbeit einzusetzen. Die Kommune hat nun einen viel größeren Handlungsspielraum bei der Auswahl der Tätigkeit. Das so genannte Zusätzlichkeitsprinzip, wonach nur Tätigkeiten angeboten werden durften, die sonst nicht, nicht in diesem Umfang oder nicht zu diesem Zeitpunkt verrichtet werden würden, hat der Bundesgesetzgeber nach einem entsprechenden Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz abgeschafft.

Grundsätzlich können alle Asylbewerber, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Leistungen beziehen, zu einer gemeinnützigen Arbeit verpflichtet werden, wenn sie arbeitsfähig und nicht mehr im schulpflichtigen Alter sind. Wird das Angebot unbegründet abgelehnt, werden die Leistungen gekürzt. Die Asylbewerber erhalten dann eine pauschale Aufwandsentschädigung von 80 Cent je Stunde, max. 20 Stunden/ Woche, die auch nicht auf die weiteren Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz angerechnet werden.

In der Vergangenheit wurden bereits vereinzelt Kräfte im Bauhof eingesetzt. Als vorteilhaft werden hierbei der Integrationsfaktor und der schnellere Spracherwerb angesehen. Aufwendig bis schwierig

gestaltet sich allerdings die notwendige Betreuung. Zu beschließen ist, ob die Mehraufwendungen getragen werden sollen und ob sich die Stadt für das System bewerben soll.

Es gab in der Vergangenheit grundsätzlich eine Entscheidung, die besagt, dass Projekte, die allgemein dienlich sind, unterstützt werden. Sei es Berufspraktika, Ferienjobber, Inklusion oder Integration. Bisher hat dies auch einwandfrei funktioniert. Wichtig ist aber auch, dass für die Personen, die an dem Projekt teilnehmen, klar ist, dass eine gewisse Selbstständigkeit und Motivation erforderlich ist. Auch wichtig ist, klar zu kommunizieren, wenn die „Arbeitsverhältnisse“ nicht fortgeführt werden können.

Es können Personen für das Projekt vorgeschlagen werden, die den Wunsch geäußert haben, arbeiten gehen zu wollen. Ob der Wunsch in Wörth wohnender Asylbewerber vorhanden ist, lässt sich schwer sagen, da der Kontakt eher mit ukrainischen Flüchtlingen besteht, die nicht in dieses Projekt fallen.

Allgemeine Informationen zu den Unterkünften und Bewohnern: Zum aktuellen Zeitpunkt leben 177 Flüchtlinge und Asylbewerber in Wörth. Viele Ukrainer sind privat untergebracht. Vom Landkreis oder von der Regierung bereit gestellte Gemeinschaftsunterkünfte gibt es aktuell 8 an der Zahl. 6 davon sind derzeit vollständig belegt. Der Bezug der siebten Unterkunft steht Ende Oktober bevor. Das Landratsamt versucht bei der Verteilung auf die Herkunft der Personen zu achten, um im Vorfeld Spannungen zwischen verschiedenen Personengruppen zu vermeiden. Allerdings wird das Landratsamt nicht informiert, wer kommt und müssen auch sehr kurzfristig planen.

Das Projekt wäre eine gute Möglichkeit, den oben genannten Personenkreis zu integrieren und in Wörth einzubeziehen. Kontaktpersonen aus dem Landratsamt sind Herr Schraut und Frau Greulich. Stadtrat Denk äußert kritisch, dass hier ein Zwang ausgeübt wird, denn wenn jemand das Angebot nicht akzeptiert, die Leistungen gekürzt werden können. Andererseits kann es auch sehr dienlich sein, wenn jemand wirklich die Motivation hat zu arbeiten und sich zu engagieren. Dann würde die Stadt entlastet werden und die Person hat eine Beschäftigung. Es wird vom Landratsamt beachtet, wer bereits Interesse bekundet hat, damit dies auf freiwilliger Basis geschieht.

Beschluss:

Das Gremium beschließt einstimmig, dass die Stadt sich für das System bewirbt und die Mehraufwendungen, die dadurch entstehen gebilligt werden.

4. Vereinsförderrichtlinien

Sachverhalt:

In der Vergangenheit kam es immer wieder vor, dass die von Vereinen zum Zeitpunkt des Förderantrags angegebenen Gesamtkosten überschritten wurden. Da es sich im Sinne der Vereinsförderung nicht um eine Festbetragsförderung handelt, ist eine zusätzliche spätere Förderung grundsätzlich möglich, ggfs. im darauffolgenden Haushaltsjahr. Mit Einführung der Förderobergrenze ist die Frage aufgekommen, inwiefern eine „Nachförderung“ auf das ursprüngliche Antragsjahr anzurechnen ist. D.h. ob ggfs. eine Aufspaltung des eingereichten Projekts im Nachgang möglich ist. Die Verwaltung empfiehlt, die mögliche Nachförderung grundsätzlich beizubehalten, allerdings unter Berücksichtigung des ursprünglichen Antragsjahrs.

Der Tagesordnungspunkt wurde aus gegebenen Anlass auf die Tagesordnung gesetzt. Ein bereits bewilligter Antrag eines Vereins wurde durchgeführt. Die tatsächliche Rechnungshöhe ergab eine Differenz von 10.000 €. Jetzt soll die städtische Förderung der neuen Rechnungssumme angepasst werden.

Beschluss:

Es erfolgte einstimmig der Beschluss, dass Projekte nicht auf mehrere Haushaltsjahre aufgesplittet werden können.

5. Bekanntgaben

- In Kürze findet eine Infoveranstaltung der Versicherungskammer Bayern „Bayern Funk“ statt. Es geht um die Informationsplattform lokale Netzwerke zu stellen und Informationen zu veröffentlichen. Es handelt sich hierbei sozusagen um eine Light-Version einer Bürgre-App. Jede Gemeinde ist registriert, es muss nur aktiviert werden. Informationen und Vorstellung erfolgt bei nächster Gelegenheit.
- Das Thema Fairtrade soll nun angegangen werden und hierfür eine eigene Steuerungsgruppe „Tourismus und Fairtrade“ eingerichtet werden.

6. Anfragen

- Stadträtin Straub fragt an, ob die letzte BKSA-Sitzung im November möglich wäre, damit die Anträge der Vereine bereits im gleichen Jahr behandelt werden können. Die Vorständebesprechung der Vereine findet in der Regel erst nach dem bisherigen Sitzungstermin statt. Bgm. Fath-Halbig weist darauf hin, dass zeitkritische Anträge der Vereine ebenfalls zeitnah im Stadtrat behandelt wurden.
- Stadträtin Şirin erkundigt sich, wie die Planung des Weihnachtsmarktes aussieht. Das Mitwirken der Vereine ist zwingend notwendig und die Vereine müssen sich schnellstmöglich entscheiden, ob von deren Seite dies auch leistbar ist. Die Planungsphase mit Vorgesprächen hat bereits begonnen. Ein Grobkonzept ist bereits vorhanden.
- Stadträtin Şirin erfragt, ob dieses Jahr wieder Weihnachtsgeldverteilungen verteilt werden. Diese sind momentan in der Bearbeitung und werden auch, wie jedes Jahr an aufgeführte Familien Anfang Dezember verschickt.
- Stadträtin Şirin fragt auch nach dem aktuellen Stand vom „Projekt Zukunft“. Der Dirt Track (als Kooperationsprojekt) und der Wasserspielplatz (als Ehrenamtsprojekt) sind in Planung. Ein Schreiben für die Jugendlichen soll erstellt werden, um ein Treffen im nächsten Jahr anzukündigen. Der Bücherschrank soll positioniert werden. Die Beschilderung der Spielplätze wurde bereits umgesetzt, am Galgen ist demnächst der zweite Aktionstag, an dem die Fläche weiter begradigt werden soll, die Graffitibeschilderung für den Galgen steht noch aus.
- Stadträtin Straub fragt wegen dem Sachstand Römermuseum an. Vom Bezirk Unterfranken kam noch eine Rückmeldung zum Förderantrag, hier muss noch etwas nachjustiert werden. Beantragt wurde auch die vorzeitige Maßnahme, dies bedeutet, man dürfte sofort mit den Änderungen beginnen. Der Bauhof wird das Fundament erstellen. Dies konnte aufgrund der Hausmeistervertretung leider noch nicht erfolgen. Der Boden und die Elektrik und für die Innenbeleuchtung erfolgt nach Konzepterstellung ein gesonderter Antrag, da diese noch einmal separat bezuschusst wird.

Mit Dank für die gute Mitarbeit schließt Erster Bürgermeister Andreas Fath-Halbig um 19:55 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales.

Anschließend findet eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Andreas Fath-Halbig
Erster Bürgermeister

Anna Schmitt
Schriftführung